

Belgien am Vorabend neuer Wahlen

Wenige Wochen nach der Eröffnung der Brüsseler Weltausstellung rüstet Belgien zur Wahl eines neuen Parlaments. Da mag es angezeigt sein, nach der gegenwärtigen politischen Situation des Landes zu fragen, nicht um gewagte Voraussetzungen zu machen, sondern um sich zu vergegenwärtigen, welche Kräfte sich im Wahlkampf gegenüberstehen.

Die gegenwärtige Legislaturperiode, die nach aller Voraussicht in Kürze zu Ende geht, nahm, wie erinnerlich, 1954 ihren Anfang. Die Wahlen von 1954 bedeuteten das Übergewicht des geschlossenen christlich-sozialen Blocks. An seine Stelle trat eine sozialistisch-liberale Mehrheit. Die noch stärker als bisher zusammengeschmolzene kleine Gruppe der Kommunisten blieb in der Opposition, in die sich nun auch die Christlich-Sozialen gedrängt sahen, deren Sitze im Abgeordnetenhaus von 101 auf 96 zurückgegangen waren.

Hatten sich die sozialistischen Linksparteien im Wahlkampf an erster Stelle für eine Kürzung der Militärdienstzeit von 24 auf 18 Monate und für eine Erhöhung der Altersrente eingesetzt, so wurden diese beiden Forderungen von der neugebildeten Regierung Van Acker prompt erfüllt. Diese sozialen Maßnahmen waren zweifellos ein Plus für die Regierungsmehrheit; dennoch blieben die Christlich-Sozialen skeptisch. Sie sahen darin nur eine geschickte Propaganda, um weite Kreise der Wählerschaft zufriedenzustellen.

Während man nun hie und da schon Stimmen hören konnte, der Zugang zur Macht werde sich bei Sozialisten und Liberalen im Sinn von Einsicht und Mäßigung auswirken, sollte man anlässlich der Verkündigung des von Collard eingebrachten Gesetzes (der Loi Collard) bald gewahr werden, daß die Sozialistische Partei keineswegs ihrem kämpferischen Laizismus entsagt hatte, vielmehr

durchaus gesonnen blieb, den Besuch der christlichen Schule zu erschweren. Gewiß hatten sich die Sozialisten während des Wahlkampfes auf das Prinzip der freien Entscheidung des Familienoberhauptes berufen. Aber so ausgezeichnet dieses Prinzip in sich ist, es wurde vor allem in Anspruch genommen, um da, „wo sich ein Bedürfnis geltend machte“, neutrale, staatliche Schulen einzurichten. Und nach den Sozialisten war dieses Bedürfnis in den Teilen des Landes am dringendsten, wo die Christen bereits zahlreiche Schulen besaßen und wo folglich manche Eltern gegen ihren Willen ihre Kinder wohl oder übel in diese Schulen schicken mußten. Die freie Entscheidung des Familienoberhauptes war auf diese Weise für die Marxisten nicht voll gewährleistet; und so sah man auf einmal allenthalben Staatsschulen emporschießen, die mit den Groschen aller Staatsbürger gebaut wurden.

Die Antwort der Christlich-Sozialen auf diesen Überraschungsangriff waren die bekannten Demonstrationen in Brüssel und in der Provinz. Glücklicherweise kam es dabei nicht zu ernststen Ausschreitungen, und wenn auch auf beiden Seiten ein paar bedauerliche Tötlichkeiten vorkamen, so muß man doch anerkennen, daß die inzwischen längst vergangenen Demonstrationen in einer würdigen Haltung vor sich gingen.

Dennoch bleibt die Schulfrage heute wie damals ein ungelöstes Problem. Es wird um so schmerzlicher empfunden, als es den Gewissensbereich berührt und für die Christen die Unversehrtheit des Glaubens in Frage stellt. Darum war auch das Eingreifen der belgischen Bischöfe durchaus gerechtfertigt, das dann den Marxisten wieder einmal die erwünschte Gelegenheit bot, den alten Mythos des Klerikalismus neu zum Leben zu erwecken. Sie vergaßen ganz, daß bereits unter der christlich-sozialen Regierung der Minister Pierre Harmel an manchen Orten ebenfalls die Errichtung von Staatsschulen gefördert hatte. Aber blinder Parteifanatismus ist nun einmal außerstande, das Gute zu sehen, das der politische Gegner tut, und spricht ihm

a priori jede Maßnahme ausgleichender Gerechtigkeit ab.

Doch mag man von diesen heiklen Fragen, die die belgische Öffentlichkeit so schmerzlich entzweien, denken, wie man will: ein Gutes hat die Loi Collard dennoch gehabt: angesichts der drohenden Entchristlichung der Schuljugend hat sie zu einem neuen Zusammenschluß der Christen geführt. Auf der nichtpolitischen Ebene sei hier vor allem an die Tätigkeit der Vereinigung „Schule und Familie“ erinnert, die im ganzen Land die für den Unterhalt der katholischen Schulen erfordernden Summen aufbringt. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß der Besuch der katholischen freien Schulen für die meist in bescheidenen Verhältnissen lebenden Eltern weit kostspieliger ist, als wenn sie ihre Kinder in die öffentlichen Schulen schickten, die staatliche Zuschüsse erhalten, Zuschüsse, die übrigens von den Geldern sämtlicher Steuerzahler, gleich welcher Weltanschauung, bestritten werden. Hier liegt eine offenbare Ungerechtigkeit vor, mit der sich jede kommende Regierungsmehrheit wird auseinanderzusetzen haben.

Ein weiteres Problem, dem sich die bisherige Regierung gegenübergestellt sah, ist die Arbeitslosigkeit. Die Leistung der Regierung soll gewiß nicht verkleinert werden; immerhin muß festgestellt werden, daß die sozialistisch-liberale Koalition bis heute aus der günstigen wirtschaftlichen Lage Nutzen ziehen konnte und das Verdienst am teilweisen Rückgang der Arbeitslosigkeit zum großen Teil dieser günstigen Lage, ferner auch den gewaltigen Arbeitsprojekten zuzuschreiben ist, die aus Anlaß der Weltausstellung 1958 allenthalben in Angriff genommen wurden.

Auf dem privaten Sektor kam es der Regierung zustatten, daß die ansteigenden Gewinne es ihr ermöglichten, neue Gebühren zu erheben und so alle Arbeitnehmer am nationalen Wohlstand zu beteiligen. Trotz dieser Trümpfe und der günstigen Wirtschaftskonjunktur sah sich die Regierung der Linken gezwungen, noch einmal die Hilfe der Banken

in Anspruch zu nehmen, und zwar, um den normalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Was die soziale Sicherheit und insbesondere die Sanierung der Krankenversicherung angeht, bei der so viel verhängnisvolle Mißbräuche zu Tage getreten waren, hat die Regierung schließlich nach schwierigen Verhandlungen einen Kompromiß geschlossen. Sowohl die Versicherungsbeiträge wie die Höhe gewisser Leistungen wurden heraufgesetzt. Da die Versicherungsträger auf der einen Seite christliche, auf der andern sozialistische Versicherungen sind, diese letzteren aber vor allem über finanzielle Schwierigkeiten klagen, wird die Opposition nicht müde, dieses Versagen den sozialistischen Versicherungen und ihrem mangelnden Verantwortungsgefühl zur Last zu legen. Dabei kritisieren die Christlich-Sozialen scharf, daß sich die sozialistischen Versicherungen um finanzielle Hilfe an den Staat wenden. Alles in allem haben nicht wenige Beobachter den Eindruck, daß die Regierungspolitik doch sehr parteiisch ist. Ihr Hauptanliegen besteht darin, eine immer anspruchsvollere Wählerschaft zufriedenzustellen, wobei man die öffentlichen Gelder zum Fenster hinauswirft. Weitere Anzeichen einer zweideutigen Politik, die sich den Anschein gibt, sich den Interessen der kleinen Leute anzunehmen, sind: die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, obwohl bei der reichlich großzügigen und wenig praktischen Handhabung der mit ihr getriebene Mißbrauch offenkundig ist; ferner die Familienzulagen, wobei wieder einmal die Familien mit zahlreichen Kindern zugunsten derer mit zwei Kindern das Nachsehen haben.

Gewiß, die Erhöhung der Familienzulagen erscheint auf den ersten Blick als eine den Interessen der Familien günstige Maßnahme, und die sozialistische Propaganda verfehlt nicht, diese Geste der Regierung in das rechte Licht zu stellen. Sie unterstreicht z. B. die Koppelung von Zulage und Preisindex, das Berücksichtigen der Altersstufe und die nunmehr monatliche, allgemeine

Auszahlung. Aber diese Leistung darf nicht vergessen lassen, daß die Regierung die viel konkreteren Vorschläge der Liga der kinderreichen Familien nicht berücksichtigt hat. Dort aber hatte man z.B. gerade die Lage der Mutter ins Auge gefaßt, die zu Hause bleibt und drei oder mehr Kinder hat, usw.

Dadurch, daß man unter anderm die Unterstützung für die Mütter gestrichen hat, die zu Hause bleiben, hat man eine Prämie ausgesetzt für die Familie mit zwei Kindern, deren Mutter außerhalb arbeitet; die Familien mit mehr als zwei Kindern sind nicht in entsprechendem Maß begünstigt. Unter diesen Umständen kann man nicht behaupten, daß die Regierung sich bei ihrer Familienpolitik von gesunden und gerechten Grundsätzen hat leiten lassen.

Auf einem andern Sektor sieht sich die Regierung einer wachsenden Unzufriedenheit in den Reihen der eigenen, sonst so disziplinierten Sozialistischen Partei gegenüber. Die Arbeiterkundgebungen von Charleroi sprechen da eine deutliche Sprache. Wenn Van Acker samt dem Parteiführer und einigen Parteirednern nach Charleroi gefahren ist, um dort die „frohe Botschaft“ zu verkünden, muß da etwas nicht stimmen. Offenbar handelt es sich nicht um Lohnforderungen allein. Vielmehr wirft man darüber hinaus dem Regierungschef Opportunismus vor. Er sieht sich gezwungen, auf die in sozialen Dingen eher konservativen liberalen Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen, und kann nicht gleichzeitig den Forderungen der jungen, dynamischen Elemente der Partei nachgeben, die im übrigen wenig Neigung zeigen, sich von taktischen Argumenten beeindrucken zu lassen.

Als unlängst eine neue sozialistische Wochenzeitung „La Gauche“ ins Leben trat – sie wurde durch den Präsidenten der Kammer, selbst ein altgedienter Sozialist, aus der Taufe gehoben –, mußten es sich einige Redakteure des für interne Parteikreise bestimmten Blattes gefallen lassen, vom Parteiführer Max Buset, der eifersüchtig über die einheitliche Linie der Regierungsgruppe wacht,

zur Ordnung gerufen zu werden. Es ist im übrigen ein offenes Geheimnis, daß die Sozialisten dieses zeitweise Zusammenleben mit den Liberalen mit schmerzlichen Zugeständnissen an die Koalitionspartner bezahlen müssen. Die jungen Sozialisten, die frisch in die marxistische Ideologie eingeweiht worden sind, brennen ungeduldig auf tiefgreifende Strukturänderungen; sie wollen eine stärkere Kollektivierung des öffentlichen Lebens. Das sind Forderungen, die dem Zusammenhalt der Regierung gefährlich werden können. Die sozialistischen Führer aber wollen – wenigstens bis zu den Wahlen – an der Macht bleiben. Das müssen sie mit Opfern bezahlen.

Was soll man von den Liberalen sagen, die seit drei Jahren im Regierungsschiff mitfahren? In der öffentlichen Meinung gelten sie als Mitläufer und Geiseln, die man dazu braucht, gewisse Kreise des konservativen Bürgertums zu beruhigen. Ganz gewiß war z.B. von den 25 liberalen Abgeordneten, die zur Bildung der Linksmehrheit notwendig waren, nicht zu erwarten, daß sie etwa die Loi Collard zu Fall brächten.

Dennoch gibt es einen Punkt, in dem bei sämtlichen traditionellen belgischen Parteien volle Einmütigkeit besteht, das ist die Außenpolitik. Sowohl Paul van Zeeland unter der verflossenen christlich-sozialen Regierung wie Paul Henri Spaak im Kartell der Linken, beide nacheinander Außenminister, haben stets die gleiche Politik gut freundschaftlicher Beziehungen zu den verschiedenen in Brüssel akkreditierten Staaten gepflegt. Die Ernennung P. H. Spaaks zum Sekretär der NATO als Nachfolger von Lord Ismay wird von allen Parteien ehrlich bedauert; denn wenn Spaak auch den Direktiven seiner Partei in der Innenpolitik etwas sklavisch gefolgt ist, so hat er doch als Vertreter Belgiens nach außen eine große Unabhängigkeit an den Tag gelegt.

Die Kommunistische Partei, die im Abgeordnetenhaus nur 4 von 212 Sitzen zählt, erscheint in Belgien wie in den andern westlichen Ländern als eine Partei des Auslands; und die Niederwerfung

des ungarischen Aufstands durch die Sowjets hat auch in Belgien zu Aufsehen erregenden Austritten aus der KP geführt, die den Sozialisten zugute kamen.

Ein weiterer Aktivposten der gegenwärtigen Regierung ist die Aussöhnung gewisser Sozialistenführer mit König Leopold, die ganz in der Stille vor sich ging, doch darum nicht weniger ernst zu nehmen ist. Man wird sich erinnern, daß die vor einigen Jahren gegen den Ex-König betriebene Hetze, die ihn dann auch zu seiner Abdankung veranlaßte, bestimmten sozialistischen und kommunistischen Agitatoren zur Last gelegt wurde. Gewiß steht die Einführung der Republik weiter auf dem Programm einiger Linksparteien, andererseits hat der Führer der Sozialistischen Partei Belgiens bei der Eidesleistung des Königs Baudouin offen erklärt, daß die konstitutionelle Monarchie in Belgien eine politische Notwendigkeit darstelle. Die unlängst erfolgte Berufung des Ex-Königs Leopold zum Präsidenten der Studienkommission für Kernforschung ist ein klarer Beweis dafür, daß eine gewisse Animosität verschwunden ist. Es ist heute so, daß ganz Belgien um den Thron und den jungen König geschart ist, dem es übrigens gelungen ist, für seine Person viel Sympathie zu wecken.

Was wird die Zukunft bringen? Darüber wird die Wählerschaft in völliger Unabhängigkeit entscheiden. Inzwischen sind aller Augen auf die Partei der Christlich-Sozialen gerichtet, deren Position mit jedem Fehler der Linksmehrheit stärker wird. Sie ist auch zahlenmäßig im Parlament die stärkste Gruppe; zählt sie doch im Abgeordnetenhaus 96 und im Senat 79 Mandate.

Was bedeutet diese Partei heute? Vielleicht hilft es zum Verständnis, wenn wir die belgische Christlich-Soziale Partei (PSC) als eine Entsprechung der deutschen CDU/CSU ansehen, allerdings gleich mit dem wesentlichen Unterschied, daß die PSC geschlossen für die konstitutionelle Monarchie eintritt. Trotz des christlichen Namens besitzt die Partei keinerlei konfessionellen Charakter. Noch unlängst hat ihr Nationalpräsident

Théo Lefèbvre wieder ausdrücklich erklärt, daß seine Partei allen belgischen Bürgern ohne Unterschied des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses offensteht. Da aber andererseits faktisch die Mehrzahl der Belgier römisch-katholisch ist, begreift man, daß sich die Partei, die sich im übrigen aus den verschiedensten sozialen Klassen zusammensetzt, in ihrer Doktrin auf das Naturrecht stützt und folglich die berufene Vorkämpferin für die Rechte der Person und der Familie darstellt. Innenpolitisch ist die PSC nicht die Partei einer bestimmten Klasse: sie zählt sowohl Bürgerliche wie Arbeiter und Angestellte in ihren Reihen. Darüber wundern sich übrigens die belgischen Marxisten nicht wenig; sie können kraft der Dogmen des historischen Materialismus die Welt nur in Funktion zum arbeitenden Proletariat sehen.

Zweifellos bilden derart auseinandergehende Interessen zuweilen eine Schwierigkeit für den festen Zusammenhalt der Partei, und man muß offen zugeben, daß die Partei der Sozialisten straffer zusammengeschlossen ist als die andern Parteien. Nur kann man sich fragen, ob das für die Arbeitermassen selbst einen Gewinn bedeutet. Sowieso im Besitz geringer Bildung neigen sie nicht stark zu kritischer Stellungnahme. Für sie sind die Parolen der Gewerkschaftsführer Evangelium. Ist die sozialistische Einheit, auf die die andern Gruppen so gern mit Neid schauen, nicht selbst das Ergebnis der Ideologie, aus der die marxistische Intelligenz und Führerschicht lebt, und muß man nicht in dieser Uniformierung den Reflex einer Kollektivpsychose sehen, die aus dem marxistischen Glauben stammt?

Nur mit Sorge kann man diese Fragen stellen. Denn wer sieht nicht, daß die Freiheit des Denkens selbst auf dem Spiel steht und sich hier totalitärer Ungeist austoben könnte? Sind nicht schon die Tendenzen zu immer größerer Verstaatlichung, wie sie in der laufenden Legislaturperiode zu beobachten waren, Vorläufer einer Mentalität, die man endgültig überwunden glaubte?

Nein, so gesehen ist die PSC keine Einheitspartei, und sie kann stolz sein auf die Geistesfreiheit, die in ihren Reihen herrscht. Das ist so wahr, daß man sich daran gewöhnt hat, innerhalb der Partei selbst von einem rechten, konservativen, und einem linken Flügel zu sprechen, den die christlichen Demokraten bilden. Die christlich-soziale Presse, sowohl die wallonische wie die flämische, spiegelt dieselben Schattierungen wider und wahrt dieselbe Unabhängigkeit, so sehr, daß zur Zeit kein einziges Blatt als das Organ der PSC angesehen werden kann. Weder *La libre Belgique* noch *La Cité* können beanspruchen, parteioffiziell zu sein, während auf sozialistischer Seite *Le Peuple* offiziell als Organ des belgischen Sozialismus auftritt.

So viel über den Geist, der die PSC beseelt. Wenn auch ihr links vorstoßender Flügel sehr fortschrittliche soziale Auffassungen vertritt, so ist sie doch eine nicht-marxistische Partei. Das ist ein Zug, der oft nicht genug herausgestellt wird, weil man den Massen zu mißfallen fürchtet. In diesem Sinn wäre, wie uns scheint, die Propaganda klarer auf eine fortschrittliche soziale und wirtschaftliche Politik auszurichten, wie sie die christlich-soziale Regierung bereits begonnen hatte. Gewiß, weder Christlich-Soziale noch Sozialisten können allein auf eine absolute Mehrheit hoffen. Man muß also mit einer neuen Koalitionsregierung rechnen. In diesem Fall aber ist es gut, wenn klare Programme aufgestellt werden und die kommenden Verbindungen auf der Achtung vor den getroffenen Vereinbarungen basieren.

Was die für die belgischen Katholiken so wichtige Schulfrage betrifft, so wird die PSC, wenn ihr die Verantwortung zufallen sollte, ihre Bedingungen stellen. Sie wird als Beauftragte der Christlich-Sozialen eine größere Gerechtigkeit gegenüber den freien Schulen fordern, ohne darüber die Staatsschulen zu vernachlässigen. Zweifellos wird sie auf die Abschaffung der unseligen *Loi Collard* bestehen und so die christlichen Eltern den andern belgischen Bürgern, die ihre

Kinder in die offizielle Schule schicken, gleichstellen. Wie jetzt die Marxisten sagen, handelt es sich nicht um eine Frage großen Vermögens, sondern um die Anwendung der strikten Gerechtigkeit: die Eltern, die ihre Kinder auf eine christliche Schule schicken, sind Staatsbürger und Steuerzahler wie die andern und haben das gleiche Recht auf Berücksichtigung wie diese.

Andererseits sind die Christlich-Sozialen nach den auf dem letzten Nationalkongreß der PSC in Namur gefaßten Entschließungen gewillt, allen Kindern bis zum Alter von 18 Jahren Schulgeldfreiheit zu gewähren, unabhängig von dem Schultyp, für den die Eltern sich entscheiden: Realschule, Lehrerbildungsanstalt, Mittelschule, Haushaltungsschule, Freie oder Staatsschule. Mit andern Worten: die PSC tritt für die Demokratisierung des Unterrichtswesens ein. Zu diesem Zweck fordert sie nicht nur kostenlosen Schulbesuch bis zum 18. Lebensjahr, sondern auch die Bewilligung einer größeren Zahl von Bursen. Tatsächlich ist es mit dem unentgeltlichen Unterricht allein noch nicht getan; durch den längeren Schulbesuch entgeht den Eltern die Hilfe ihrer Kinder, mit der sie rechneten. Um dieses entgehende Verdienst auszugleichen und den Schulbesuch zwischen 14 und 18 Jahren zu ermöglichen, will die PSC 20 000 zusätzliche Bursen von je 5000 bfrs. bewilligen; sie will ferner für den Besuch der Hochschule weitere 5000 Bursen in Höhe von 20 000 bfrs. aussetzen. Ebenso will die PSC die Zahl der Schulen vermehren.

Auf dem wirtschaftlichen Sektor will die Christlich-Soziale Partei die Eingriffe des Staates in den privaten Geschäftsbereich eingeschränkt wissen und tritt für die freie Wirtschaft ein, in der ein gesunder Wettstreit zum Erfolg des Tüchtigen führt und nicht Monopole und das Gesetz des Stärkeren das Feld beherrschen. Die Selbständigkeit der Privatunternehmen soll aufrechterhalten bleiben und diese gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Übermacht geschützt werden. Die Gesetzgebung habe auch den kleinen und mittleren Betrieben Schutz

gegen den Druck der Großunternehmen andeihen zu lassen.

Konkret gesprochen: der Wille zum Sparen muß ermutigt werden, die Investitionen in Belgien selbst sind zu begünstigen, die Kohlenlager von Campine sollten ausgebeutet werden. Mit andern Worten: es gilt, kühne Initiativen zur Steigerung des Wohlstands zu ergreifen. In Anbetracht der technischen Reserven ist das Endziel, das die PSC anstrebt, nach den Worten von Pierre Vigny auf dem 12. Nationalkongreß in Namur: die Steigerung des Nationaleinkommens um 40%.

Indes lassen sich die Beschlüsse eines großen politischen Kongresses nicht in einem so gedrängten Überblick zusammenfassen. Die Fachausschüsse der Partei sind an der Arbeit. Die auf den verschiedenen politischen Gebieten gefaßten Beschlüsse – Familien- und Schulpolitik, Wirtschafts-, Agrar-, Kolonialpolitik – basieren auf Gutachten, die von anerkannten Fachleuten und Technikern ausgearbeitet wurden. Nichts ist dem Zufall überlassen worden. Sollte die Wählerschaft der PSC von neuem ihr Vertrauen schenken, werden die Christlich-Sozialen ihre Beteiligung an der Regierung von gewissen Mindestforderungen abhängig machen. Aber es ist müßig, vor den Wahlen ein Regierungsprogramm aufzustellen. Ein Regierungsprogramm wird sich nie vollständig mit den Entschlüssen eines Parteikongresses decken. Da eine absolute Mehrheit sehr unwahrscheinlich ist, wird das Regierungsprogramm im Fall einer Beteiligung der PSC nur ein Kompromiß sein können. Das ist bei dem heute in Belgien geltenden Wahlsystem nicht anders möglich.

Das flämische Problem¹

Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei den bevorstehenden Wahlen im ganzen flä-

mischen Gebiet die Kandidaten einer neuen Partei, der Volksunie, auftreten werden. Das bedeutet für die Christlich-Sozialen ein schweres Handicap und eine ernste Gefahr; denn viele Katholiken gehören zu den eifrigen Vertretern der flämischen Sache. Die belgischen Bischöfe haben die Katholiken bereits vor der Gefahr von „Splitterparteien“ gewarnt. Aber diese Gefahr scheint unabwendbar.

Gegenwärtig gibt es im Parlament einen einzigen nationalen Flamen; voraussichtlich werden nach den Wahlen mehrere Vertreter der Volksunie im Parlament sitzen. Die neue Partei verspricht, alle katholischen Forderungen bezüglich der Schule, der Missionen usw. zu unterstützen; aber abgesehen davon will sie vor allem flämisch sein. Sie will der Diskriminierung der sogenannten „inciviques“ ein Ende bereiten (das sind die Belgier, die während des Krieges Kollaborateure der deutschen Besatzungsmacht gewesen sind). Nach so viel Jahren sitzen immer noch ehemalige Kollaborateure im Gefängnis, und Tausende von ihnen haben ihre bürgerlichen und politischen Rechte noch nicht wiedererlangt. Es gab Kollaborateure unter den Flamen und Wallonen, doch der größte Teil der flämischen Bevölkerung fordert eine Amnestie für sie alle, was nicht heißt, daß man ihre Taten billigt. Aber man ist gegen die übermäßige Härte der Bestrafung, und zwar aus christlicher Nächstenliebe, aber auch aus dem Solidaritätsgefühl mit den flämischen Verurteilten.

Die Sozialisten und Liberalen suchen aus der Sache patriotisches Kapital zu schlagen, da viele Kollaborateure Katholiken sind. Die Christlich-Sozialen haben viel für sie getan, aber nicht genug. Bei den Christlich-Sozialen gibt es auch Wallonen; aber diese fürchten, daß man ihnen in ihrer Heimatprovinz, wo die Sozialisten in der Mehrzahl sind, im Wahlkampf mangelnden Patriotismus vorwirft, wenn sie in diesem Punkt die Flamen unterstützen. Es versteht sich, daß die Volksunie auch für sämtliche übrigen Forderungen der Flamen eintritt.

Emile Leeman

¹ Diese Schlußbemerkung stammt nicht vom Verfasser des voraufgehenden Aufsatzes, sondern wurde uns von einem flämischen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt.
Die Schriftleitung